



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

Rundschreiben Nr. 19

Januar 2017

1. Rückblick auf die Tagung Rohstoffkonzerne vs Staat und Gesellschaft

Am 28./29. Oktober fand in den Basler Afrika Bibliographien die fünfte von der KEESA, dem Zentrum für Afrikastudien, Afrika-Komitee und Solifonds gemeinsam organisierte Tagung statt. Die Tagung befasste sich mit den Auswirkungen der Tätigkeit von internationalen Rohstoffkonzernen auf Gastländer und deren Bevölkerung im südlichen Afrika. Im Zentrum stand die Frage, weshalb die extractive Industrie nicht mehr für die Allgemeinheit zu leisten vermag. Eine Antwort darauf gab Dick Forslund von AIDC (Alternative Information & Development Centre) in Kapstadt, der im Auftrag der Farlam-Kommission die Rechnungsunterlagen des Platinunternehmens Lonmin durchforstete. Es ging um die Frage, ob Lonmin in der Lage gewesen wäre, die von den streikenden Arbeitern von Marikana geforderten Lohnerhöhungen zu bezahlen. Forslund zeigte das undurchsichtige, hochkomplexe Geflecht des Konzerns und seiner Tochtergesellschaften auf, das die Verschiebung von Profiten in Steuerparadiese erlaubt. Er wies nach, dass Millionen so nicht nur am Fiskus vorbei transferiert, sondern auch zum Schaden der Arbeiter und selbst der Aktionäre zum Verschwinden gebracht wurden. Fachleute von AllianceSud und Fastenopfer stellten Massnahmen vor, die geeignet sind solche Praktiken zu unterbinden, an erster Stelle die von vielen Hilfswerken und NGOs getragene Konzernverantwortungsinitiative.



**Schlussdiskussion im Plenum: von links nach rechts: Rita Kesselring (Moderation), Melanie Müller, Dick Forslund, Tamara Paremoer, Nonhle Mbuthuma, Caroline Ntaopane, Doro Winkler, Dominik Gross
Foto: Martin Bloch**

Caroline Ntaopane vom regionalen Netzwerk WoMin zeigte, wie das Leben von Frauen durch die extractive Industrie betroffen ist. Sie führte die vielen und massiven gesundheitlichen Risiken durch Wasser- und Luftverschmutzung sowie Lärmimmissionen an, sprach aber auch über die miserablen Arbeitsbedingungen für Frauen in den Bergwerken.

Über den Widerstand der Amadiba an der Wild Coast in Südafrika berichtete die Aktivistin Nonhle Mbuthuma. Die Amadiba wollen verhindern, dass das australische Unternehmen MRC an ihrer Küste Titan abbaut. Einige lokale Geschäftsleute erhoffen sich indessen Gewinne über den Titanabbau und setzen alles daran, die Gegner

auszuschalten. Diese Konflikte führten im März 2016 zur Ermordung eines Exponenten der Gegner. Zwar hat MRC bisher keine Förderbewilligung erhalten, wegen des Konflikts ist in Xolobeni jedoch kein normales Leben möglich. Weitere AktivistInnen sind auf einer Todesliste und müssen um ihr Leben fürchten.

Die KEESA freut sich, dass es für diese Tagung gelungen ist, eine Mehrheit von weiblichen Referierenden einzuladen. Dies entspricht dem Fokus der Tagung auf die gesellschaftlichen Auswirkungen der Bergbauindustrie ganz allgemein.

Auf unserer Website findet sich ein ausführlicher Bericht über die Tagung in englischer Sprache, den Daniela Zimmermann zusammengestellt hat (www.apartheid-reparations.ch).

2. Nomarussia Bonase erhält den Anne-Klein-Frauenpreis 2017

Mit grosser Freude hat die KEESA erfahren, dass der Khulumani-Aktivistin Nomarussia Bonase der Anne-Klein-Frauenpreis 2017 der Heinrich Böll-Stiftung verliehen wird. Die Jury würdigt damit den persönlichen Mut von Nomarussia im Einsatz für Frauenrechte und Frauenpolitik sowie ihr Eintreten für Wiedergutmachung und Versöhnung im Kontext der Postapartheid-Zeit.



Foto: Valerie Murray/Heinrich-Böll-Stiftung.

Die KEESA hat Nomarussia letztes Jahr als Teil der südafrikanischen Delegation kennen gelernt, die sich bei BASF dafür einsetzte, dass der grösste Kunde des Platinunternehmens Lonmin Verantwortung übernimmt für die miserablen Arbeits-

und Wohnbedingungen der Arbeiter, die letztlich zum Arbeitskonflikt und zum Massaker von 2012 führten.

Nomarussia hat intensiv mit den Witwen der ermordeten Bergarbeiter gearbeitet und sie dazu ermutigt, Entschädigung für ihren Verlust zu fordern und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Basierend auf ihrer langjährigen Erfahrung mit Apartheidopfern hat sie sie dabei unterstützt, ihrem Leiden über bildliche Darstellungen Ausdruck zu verleihen und so eine gemeinsame Stimme zu finden.

Nomarussia wurde 1966 im Thokoza Township bei Johannesburg geboren. Schon in jungen Jahren hat sie sich im Kampf gegen die Apartheid engagiert und ist selbst ein Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen geworden. Ihr heutiges Engagement als nationale Koordinatorin von Khulumani versteht sie als Fortsetzung des Anti-Apartheid-Kampfes. Sie tritt ein für soziale Gerechtigkeit und Demokratie und beruft sich auf die südafrikanische Verfassung, wenn sie staatsbürgerliche Rechte und funktionierende staatliche Institutionen einfordert. Die grosse Mehrheit der Khulumani-Mitgliedschaft – gemäss Angaben der Organisation umfasst sie heute 104'000 Mitglieder – sind Frauen.

Nomarussia ist verwitwet und hat vier Kinder, für die sie alleine aufkommen muss. Sie lebt in prekären Verhältnissen und kann den mit 10'000 Euro dotierten Preis gut brauchen. Wir gratulieren Nomarussia Bonase herzlich zu diesem Preis und freuen uns über die Würdigung dieser entschlossenen Kämpferin.

3. BASF Metals in Zug wird geschlossen

BASF ist der grösste Kunde des Platinherstellers Lonmin, dem die Mine Marikana gehörte, wo im August 2012 34 streikende Arbeiter erschossen wurden. Durch Recherchen der KEESA wurde zudem bekannt, dass BASF das Platin über ihre Handelsgesellschaft in Zug importiert.

Im April 2016 organisierte die KEESA vor der Niederlassung von BASF Metals GmbH in Zug eine Kundgebung. Eine südafrikanische Delegation, der mit Agnes Makopano Thelejane und Ntombizolile Mosebetsane zwei Witwen von in Marikana erschossenen Bergarbeitern sowie der anglikanische Bischof Jo Seoka angehörten, forderte BASF auf die Verantwortung für die Lieferkette zu übernehmen. Mittels einer Interpellation wollte

Kantonsrat Andreas Lustenberger von der Zuger Regierung wissen, wie diese sich zur Frage eines möglichen Reputationsschadens für den Kanton stellt.

In der Zwischenzeit hat BASF bekannt gegeben, dass BASF Metals GmbH in Zug bis Mitte 2017 geschlossen werden soll, was den Abbau von fünf Arbeitsplätzen zur Folge hat. Der Handel mit Edelmetallen soll von Zug zu BASF Metals Limited in London verlagert werden. Bereits 2015 wurde der Import von Platin über die Zuger Filiale drastisch heruntergefahren. Wie die Statistik der Eidgenössischen Zollverwaltung zeigt, ging die Einfuhr von Platin in die Schweiz von einem Höchststand von 1'118,8 Mio. Franken im Jahr 2011 auf 129,4 Mio. im Jahr 2015 zurück. Auch die eingeführte Menge reduzierte sich von 39 Tonnen im Jahr 2009 auf 3,9 Tonnen im Jahr 2015. Für 2016 liegen noch keine Zahlen vor. Als Grund für die Verlagerung gibt BASF die Konsolidierung ihres Handels mit Edelmetallen an.

4. Marikana-Massaker: Fortschritte in der Entschädigungsfrage?

Am 16. August 2012 schoss die Polizei auf 112 streikende Minenarbeiter der Platinmine Marikana, wobei 34 von ihnen tödlich getroffen wurden. Von den 275 verhafteten Arbeitern kamen einige erst nach Monaten wieder frei. Viele Bergleute trugen Verletzungen mit zum Teil bleibenden Schäden davon. Bisher hat keiner der Geschädigten eine Kompensation für den erlittenen Schaden erhalten.

Präsident Zuma nahm den Schlussbericht der von ihm eingesetzten Untersuchungskommission im Juni 2015 entgegen. Am 11. Dezember 2016 orientierte die Präsidentschaft, wie es um die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission steht. Die Regierung wies die Anwälte der Polizei an, in den folgenden Fällen Entschädigungsangebote zu unterbreiten:

- Für die Angehörigen der getöteten Bergleute
- Für die 275 unrechtmässig verhafteten und inhaftierten Bergleute
- Für die 81 verletzten Bergleute

Die Zahlungen sollen erfolgen, sobald alle prozeduralen Anforderungen erfüllt sind. Im Fall der Entschädigung für die Hinterbliebenen scheint alles geregelt zu sein, ebenso bei den unrechtmässig Verhafteten, mit Ausnahme eines Falles, wo eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wurde. Bei den Verletzten liegt der Fall anders, weil sich die Anwälte bisher nicht auf ein ärztliches Team einigen konnten, welches das Schadensausmass festlegen soll.

Weiter liess die Präsidentschaft verlauten, dass einige der polizeilichen Führungskräfte wegen Mord und Mordversuch angeklagt werden sollen, weil sie die Ratschläge von erfahrenen Ordnungskräften in den Wind geschlagen hatten und scharfe Munition gegen die friedlich Streikenden einsetzen liessen.

Präsident Zuma wies auch darauf hin, dass das *Department of Mineral Resources* Lonmin, die Eigentümerin der Platinmine von Marikana, ersuchen werde das geforderte Hausbauprogramm vorzulegen. Falls dies nicht geschehe - so seine Drohung -, könne die Regierung die Förderlizenz des Unternehmens widerrufen. Amnesty International hatte in einem im August 2016 publizierten Bericht die weiterhin inakzeptable Wohnsituation der Arbeiter von Lonmin angeprangert.

Die Geschädigten monierten, dass sie wiederum erst aus den Medien über die geplanten Schritte erfuhren und die Regierung nach wie vor keine direkten Gespräche mit ihren VertreterInnen führe. Ausserdem äusserten sie die Befürchtung, dass sich die Regierung weiterhin einer Hinhaltetaktik mit vagen Versprechungen befleißigte.

5. Aktionärsversammlung von Lonmin in London

2017 jährt sich das Massaker bei der Platinmine von Marikana in Südafrika zum fünften Mal. Der Druck auf den an der Londoner Börse gelisteten Bergbaukonzern Lonmin steigt, die Zusagen endlich umzusetzen, die vor und seit dem Massaker gemacht wurden. Noch immer hat Lonmin den Opfern keine Entschädigungen bezahlt und den Lebensstandard seiner Bergleute nicht verbessert. Die große Mehrheit der Arbeiter von Marikana lebt weiterhin in slumartigen Siedlungen mit mangelhafter Versorgung an Trinkwasser, Strom und unzureichenden Sanitäranlagen. An der Aktionärsversammlung vom 26. Januar trug Bischof Seoka im Namen der Geschädigten

diese Forderungen vor. Er wurde dabei unterstützt von einer Reihe von englischen Nichtregierungsorganisationen sowie von der Plough Back the Fruit Campaign (<http://basflonmin.com>), der auch die KEESA angehört. Sie wurde durch Markus Dufner von den kritischen Aktionären Deutschland sowie von Barbara Müller vertreten. An einer Protestkundgebung vor der Aktionärsversammlung hielten AktivistInnen die Fotos der 34 ermordeten Bergarbeiter in die Höhe und Bischof Seoka verlas deren Namen. Die an der Versammlung selbst vorgetragenen Forderungen verlangten eine offizielle Entschuldigung von Lonmin, die Errichtung eines Mahnmals für die Verstorbenen, Entschädigungen für die Witwen, Waisen und verletzten Arbeiter sowie die sofortige Umsetzung der Versprechungen der Firma bezüglich verbesserter Unterkunft für die Arbeiter. Unsere Aktion in London stiess auf ein erfreulich grosses Medienecho. (Siehe auch Bericht im Anhang)



Die Kundgebung vor der Aktionärsversammlung von Lonmin Foto:Diana More, London Mining Network

6. Sammelklage gegen Deutschland

Vertreter der Volksgruppen der Nama und Herero klagen in New York gegen Deutschland auf Entschädigungszahlungen wegen des unter deutscher Kolonialherrschaft begangenen Völkermords im damaligen Südwestafrika. Herero-Chief Vekuii Rukoro und Nama-Chief David Frederick verlangen zudem, Vertreter ihrer Gruppen müssten in Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias einbezogen werden. 1904 führte der deutsche General Lothar von Trotha einen Vernichtungsfeldzug, während dem bis zu 100.000 Herero und Nama getötet wurden. Deutschland führt seit einigen Jahren Verhandlungen mit Namibia, bei denen es um die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit geht. Erst im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung eingestanden, dass das, was 1904 bis 1908 in Namibia geschah, als Völkermord eingestuft werden muss. Entschädigungszahlungen hat sie jedoch abgelehnt ebenso wie Gespräche mit den Nachkommen der Betroffenen. Fachleute meinen, dass ein Erfolg der Klage in New York zu weiteren Reparationsforderungen gegen Deutschland führen könnte - wegen Massakern während des Maji-Maji-Aufstands im heutigen Tansania sowie wegen Massakern und Strafaktionen in Togo, Kamerun und in der Südsee.

7. In eigener Sache

Die KEESA entstand 1998 als Koalition von schweizerischen Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen mit dem Ziel, das „Unfinished Business“ der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen während der Apartheid aufzuarbeiten und die Forderungen der südafrikanischen Zivilgesellschaft nach Entschädigung für die Opfer der Apartheid zu unterstützen. Sie wird von einem Ausschuss geleitet; koordiniert wird sie von einer im fepa-Büro angesiedelten Koordinationsstelle mit einem Arbeitspensum von 15 Prozent. Die KEESA wird durch Beiträge von Hilfswerken sowie durch Einzelspenden finanziert.

In den ersten Jahren standen die Aufarbeitung der schweizerischen Apartheidvergangenheit und die Sammelklagen von Apartheidopfern gegen multinationale Unternehmen im Zentrum der Aktivitäten. In den letzten Jahren rückten aktuelle Fragestellungen wie die Tätigkeit von transnational tätigen Bergbauunternehmen und Rohstoffhändlern mit Sitz in der Schweiz in den Fokus. Zweimal jährlich informiert die KEESA mit einem Rundschreiben über neuere Entwicklungen und organisiert Tagungen.

8. Lektüreempfehlung

Die Basler Ethnologin Rita Kesselring ist über ihre langjährige Forschungsarbeit im Western Cape auf die KEESA aufmerksam geworden, in deren Ausschuss sie heute mitarbeitet. Ihre Forschung galt den Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen und deren Leben in der Postapartheidzeit. Mit ethnologischen Mitteln geht sie Fragestellungen rund um den Alltag dieser Überlebenden nach. Wie gehen diese älteren Frauen, um die es sich in den meisten Fällen handelt, mit dem Erлittenen um, wie wirken sich Gewalt und Demütigung auf ihr post-traumatisches Leben aus? Wie nehmen sie ihre geschundenen Körper wahr? Welche Strategien wenden sie an, um in der Gesellschaft des neuen Südafrika für ihre Anliegen Gehör zu finden? Welche Rolle spielt die Opferorganisation Khulumani für die Betroffenen und welche Auswirkungen hatten die internationalen Sammelklagen gegen multinationale Unternehmen für ihr Selbstbild und ihre Aussenwahrnehmung?

Bodies of Truth. Law, Memory, and Emancipation in Post-Apartheid South Africa ist in englischer Sprache verfasst und erschien bei Stanford University Press. Rita Kesselring wird ihr Buch, dem ihre Doktorarbeit an der Universität Basel zugrunde liegt, im Februar in Südafrika vorstellen. Auch in der Schweiz sind in Zusammenarbeit mit der KEESA Veranstaltungen geplant. Das Buch kann bei uns bestellt werden. Preis: CHF 18.- zusätzlich Porto.



Barbara Müller, Koordinatorin KEESA

Anhang:

- -Augenschein in Marikana. Die Realität vier Jahre nach dem Massaker, in Afrika-Bulletin, Nr. 163, Aug./Sept 2016
- Nichtregierungsorganisationen stellen Lonmin ein Ultimatum. Bergbaukonzern soll fünf Jahre nach dem Massaker von Marikana Versprechungen einlösen. Gemeinsame Presseerklärung vom 16.1.2017
- Bericht von der Aktionärsversammlung von Lonmin vom 26. Januar 2017